

Bericht und Gespräch

Ludwig Watzal

Ende des Friedensprozesses in Israel und „Palästina“?

Nach offizieller Lesart befinden sich Israel und die Palästinenser in einem Friedensprozeß. Warum, so fragt man sich verwundert, kommen dann täglich Israelis und Palästinenser ums Leben? Hatten nicht der israelische Ministerpräsident *Yitzhak Rabin* und PLO-Chef *Yassir Arafat* mit dem historischen Handschlag von Washington einen hundertjährigen Konflikt beendet? Wer die Unterzeichnung der „Prinzipienerklärung über vorübergehende Selbstverwaltung“ am 13. September 1993 auf dem Rasen des Weissen Hauses in Washington verfolgte, konnte ein Gefühl der Erleichterung bei allen Beteiligten verspüren. Endlich, so schien es, ist dieser langjährige Konflikt beendet. Wesentlich kurioser verlief dagegen die Unterzeichnung des „Gaza-Jericho-Abkommens“ vom 4. Mai 1994 in Kairo, als sich erst nach gutem Zureden von seiten des ägyptischen Präsidenten *Hosni Mubarak* *Rabin* und *Arafat* bereiterklärten, dieses Abkommen unter den Augen von über Tausend Gästen zu unterschreiben. Bei dieser Zeremonie war von der euphorischen Aufbruchstimmung von Washington schon nichts mehr zu spüren. Auf beiden Seiten ist Ermüchterung eingezogen, und die Gegner der „Abkommen haben sich formiert und versuchen es, mit allen Mitteln zu Fall zu bringen.

Sowohl *Rabin* als auch *Arafat* wird vonseiten radikaler Kräfte „Verrat“ vorgeworfen; *Arafat* wurde sogar mit der Ermordung gedroht. Man hat den Eindruck, als haben sich diese Kräfte in ihrer jeweiligen Situation „bequem“ eingerichtet. Auf der einen Seite die radikalen Siedler, die die palästinensische Bevölkerung mit Waffengewalt terrorisieren, ohne daß die Armee etwas dagegen unternimmt, auf der anderen Seite die radikalen Palästinenser, die ihre Unterdrückung „pflegen“, und diese Situation als Rechtfertigung für ihre Terroranschläge benutzen.

Der Friedensprozeß hat eine Blutspur hinterlassen. Seit der Unterzeichnung der Abkommen sind über 200 Palästinenser und circa 120 Israelis erschossen oder Anschlägen zum Opfer gefallen. Einige dieser traurigen „Höhepunkte“ seien hier genannt. Am 25. Februar 1994 erschießt das Mitglied der rassistischen Siedlerbewegung „Kach“, der Arzt *Baruch Goldstein* aus Kiyat Arba, 29 betende Muslime in der Ibrahim-Moschee in Hebron. Als Vergeltung verüben Islamisten terroristische Selbstmordanschläge in Hadera und Afula, bei denen zahllose Israelis getötet werden. Mitte November 1994 sterben im Zentrum von Tel-Aviv 22 Israelis durch einen Bombenanschlag eines Selbstmörders. Am 22. Januar 1995 kamen 21 israelische Soldaten durch einen ähnlichen Terrorakt in Netanya ums Leben. All diese Morde

konnten den „peace train“ noch nicht zum Entgleisen bringen, aber er ist mächtig ins Schleudern geraten. Daran kann auch der anvisierte „Kompromiß“, in dem eine teilweise Umgruppierung israelischer Truppen aus den Städten Jenin, Nablus, Tulkarem und Kalkilja vereinbart werden soll, nichts ändern. Der ursprüngliche Termin 1. Juli verstrich ergebnislos. In einem Radius von 5 Kilometern um diese Orte sollen die Palästinenser zusätzlich noch das Sagen haben. Diese Phase soll bis zum 15. November abgeschlossen sein. In einem Zeitraum von 22 bis 35 Tagen nach dem Abzug des letzten Soldaten aus diesen Städten sollen dann Wahlen zu einem Autonomierat stattfinden. Die Palästinenser wollen 80 Mitglieder wählen, Israel aber nur 25 zugestehen, um den Anschein eines Parlamentes nicht aufkommen zu lassen. Die zweite Phase der Umgruppierung ist für April oder Mai nächsten Jahres geplant und soll die Städte Bethlehem und Ramallah einschließen. Israel hatte sich bisher schon in allen Aspekten durchgesetzt, so wird es auch dieses Mal sein. Die Schwächen *Arafats* sind offensichtlich. Seine Flexibilität ist ein Zeichen von Schwäche und wird ihm weitere Konzessionen kosten.

Wo liegen die Gründe, daß der Aussöhnungsprozeß so ins Stocken geraten ist? Ist die Kritik am Friedensprozeß berechtigt? Wie ist die Lage der Menschenrechte? Werden diese Abkommen zu einem umfassenden Frieden in der Region führen? Die Entwicklung in Israel und Palästina gibt Anlaß zu großer Skepsis, weil es sich hier um einen asymmetrischen Prozeß handelt, bei dem die Palästinenser überproportionale Zugeständnisse machen mußten. Dies ist einerseits auf ihre schwache politische Ausgangslage zurückzuführen, andererseits haben sich *Arafat* und seine Berater nicht um den Rat kompetenter Völkerrechtler geschert, ja er wurde regelrecht zurückgewiesen. Weder *Arafat* noch *Abu Mazen* und *Abu Alaa* sind Experten der englischen Sprache, in der das Abkommen gefertigt worden ist. Kein anderer kannte den Text des Osloer-Abkommen. Nur so ist der enorme diplomatische Erfolg zu erklären, der dieses Abkommen für Israel darstellt. Er wird nur durch den Staatsgründungsakt noch übertroffen. Völkerrechtlich haben die Unterdrückten ihre Unterdrücker legitimiert, weil letztere noch nicht einmal anerkennen mußten, daß sie das Land besetzt halten. Diese Legitimation der völkerrechtswidrigen Besetzung und Besiedelung palästinensischen Landes wurde von der internationalen Staatengemeinschaft aufmerksam registriert und sofort goutiert. Zahlreiche Länder nahmen diplomatische Beziehungen zu einem bis dahin in der Region als Paria behandelten Staates auf. Am 26. Oktober 1994 schlossen Jordanien und Israel in Ein Avrona sogar einen Friedensvertrag. Marokko eröffnete ein Büro in Israel, und die Staaten des Golfkooperationsrates beendeten den Wirtschaftsboykott gegenüber dem Land.

Die Kritik an dieser Art des Aussöhnungsprozesses ist mehr als berechtigt. Kritiker werden zu Unrecht als „Friedensfeinde“ diffamiert. Wenn man *sine ira et studio* diese Abkommen analysiert, fragt man sich, wie *Arafat* sie unterzeichnen konnte. Wollte er vielleicht auf seine alten Tage vom „Terroristen“ zum „Präsidenten von Palästina“ aufsteigen? Warum die Abkommen bisher keinerlei Erfolge für die Palästinenser eingebracht haben, ist leicht zu beantworten. Vor Ort hat sich für sie nichts Wesentliches

verändert. Es gibt nichts Neues unter der Sonne zu vermelden, nur soviel, daß die Palästinenser es jetzt mit zwei repressiven Regimen zu tun haben, die auch beide die Menschenrechte verletzen. Insofern haben sich die Befürchtungen der Menschenrechtsorganisationen vor Ort bewahrheitet. Jetzt sei zu befürchten, daß auch die Palästinenser die Menschenrechte ihrer Landsleute verletzen, aber ohne deren Möglichkeit, an das Oberste Gericht in Israel zu appellieren. Insofern war die Situation „besser“, als Israel die alleinige Besatzungsmacht war, obwohl die Gerichte den Palästinensern nur in den seltensten Fällen Recht gegeben haben.

Seit Juni 1967 sind der Gaza-Streifen und die Westbank besetzt, und die israelischen Behörden haben die Rechte der Palästinenser seither mit Füßen getreten. Die Verletzung der Menschenrechte, die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes und die Verletzung der nationalen Würde sind der Alltag. Mit diesen Demütigungen ging eine intensive völkerrechtswidrige Landenteignung und Besiedelung des Landes durch israelische Siedler einher. Deshalb ist der israelisch-palästinensische Konflikt zu einem überwiegenden Teil auch ein völkerrechtlicher und nicht nur ein machtpolitischer. Mit der Unterzeichnung der Abkommen haben die Palästinenser ihre mächtigste Waffe, ihre völkerrechtlich starke Position, unvorsichtigerweise aus der Hand gegeben. Einen einmal geschlossenen völkerrechtlichen Vertrag sollte man nicht leichtfertig brechen.

Seit der Unterzeichnung der Abkommen gingen die Folterungen von Palästinensern durch den israelischen Geheimdienst *Shin Bet* unvermindert weiter, wie *B 'Tselem* in seinem Bericht vom 17. November 1994 dokumentierte. „Diese Broschüre zeigt ein düsteres Bild. Die üblichen Anwendungen von Folter bei Verhören von Palästinensern gehen weiter.“ Der Bericht schließt mit dem Appell: „Die israelische Regierung muß umgehend Schritte einleiten, die der Folter bei Verhören ein für alle Male ein Ende setzt.“ Schon im Juni 1994 hat *Human Rights Watch* in Washington denselben Tatbestand umfangreich dokumentiert. Die „verdeckten Einheiten“ oder „Todesschwadronen“ jagen immer noch „gesuchte Personen“ und liquidieren sie. Jüngstes Beispiel: Am 6. Januar 1995 erschossen laut *amnesty international* in London diese Einheiten vier Palästinenser im Alter von 16 bis 32 Jahren bei Beit Liqya. Aus einem Volkswagen-Bus schossen die Soldaten in Zivil die vier nieder, ohne ihnen überhaupt die Chance zur Aufgabe zu geben. Minuten später schaffte dann die reguläre israelische Armee die Leichen fort. Die Landenteignungen haben 1994 zu- statt abgenommen. Israel baut an einem separaten Straßensystem, daß die Siedlungen miteinander verbindet. Auf diesen Straßen dürfen Palästinenser oder israelische Palästinenser, also Staatsbürger Israels, nicht fahren. Diesen ist es auch nicht gestattet, in diesen Siedlungen zu leben. Ist Israel auf dem Weg in „südafrikanische Verhältnisse“? Es finden weiterhin zahlreiche Verhaftungen statt, darunter viele, die in Verwaltungshaft genommen werden, d.h. ohne Gerichtsverfahren für mindestens sechs Monate in Haft sitzen, mit der Aussicht auf mehrmalige Verlängerung. Der Siedlungsausbau geht unvermindert weiter, wie die israelische Regierung erst am 25. Januar 1995 beschlossen hat. Die illegalen Landenteignungen im Mai um Jerusalem herum wurden nur aufgrund massiven internationalen Protestes „zurückgestellt“. Die Militärgerichte fällen

weiterhin Urteile aufgrund dubioser Beweise, wie z.B. von „Geständnissen“ von Verhören durch den Geheimdienst *Shin Bet*. Von all diesen gravierenden Verstößen liest man in der deutschen Presse nichts.

Auch die *Arafat*-, „Regierung“ springt mit den Rechten ihrer eigenen Bevölkerung nicht zimperlich um. *Arafats* größte Leistung ist der Aufbau der von 9000 auf 17000-Mann aufgestockten starken Polizei und seiner sechs Geheim- und Sicherheitsdienste, die die eigene Bevölkerung einschüchtern, Morddrohungen verbreiten und Gefangene foltern. So starb am 6. Juli 1994 *Farid Hacham Jarbu* im Zentralgefängnis von Gaza-Stadt und Anfang Januar in Jericho ein Palästinenser wegen angeblicher Kollaboration, und am 17. Januar 1995 erlag *Salman Jaleita* in Jericho den Folgen seiner Behandlung durch den palästinensischen Geheimdienst. Die Begründungen des palästinensischen Geheimdienstes sind die gleichen wie des israelischen: ungestilltes Informationsbedürfnis. Auf einer Konferenz von „Pax Christi International“ und dem „Center for International Human Rights Enforcement“ (CIHRE) vom 16. bis 18. September 1994 in Ost-Jerusalem wurde deutlich, daß in den autonomen Gebieten Willkür, Rechtsunsicherheit und Chaos herrschen. Die damalige Leiterin des „Palestine Human Rights Information Center“ (PHRIC), *Jan Abu Shakrah*, berichtete von Einschüchterungen und Morddrohungen. Sie hat inzwischen mit ihrer Familie die besetzten Gebiete verlassen und ist in die USA gezogen, weil man in Palästina nicht mehr frei arbeiten könne.

Der Aussöhnungsprozeß zwischen Israel und den Palästinensern hat die Menschenrechtsfrage in der Öffentlichkeit völlig in den Hintergrund treten lassen. Auf diesen Umstand wies *Aaron Back*, Programmdirektor von *B'Tselem* hin. „Die Israelis werden die Verletzung der Menschenrechte an Palästinensern immer weniger akzeptieren, je mehr die Palästinenser in der israelischen Öffentlichkeit akzeptiert werden.“ Die Abkommen haben zu einer absurden Situation in bezug auf die Menschenrechte geführt, die sich in fünf Argumenten zusammenfassen lasse: Man brauche sich jetzt nicht mehr um Menschenrechte zu kümmern, da es ja einen Friedensprozeß gebe; Menschenrechte sollten nicht öffentlich diskutiert werden, weil sie diesen Prozeß stören würden; die Menschenrechte würden jetzt mit politischen Fragen verbunden werden, wie die Unterzeichnung einer Erklärung von Gefangenen zeige; die Menschenrechte müßten zurücktreten, damit der Friedensprozeß gelingen könne, d.h. über die fortwährenden Landenteignungen und die Tötungen solle geschwiegen werden. Zu guter Letzt sei ein neuerwaches Interesse der Israelis an palästinensischen Menschenrechtsverletzungen zu verzeichnen, da sich jetzt zeige, daß die Palästinenser nicht ihre eigenen Angelegenheiten regeln könnten. Auf eine etwas überspitzte Formel gebracht, könnte man sagen: Es dürfe jetzt für den Frieden gefoltert werden!

Die Asymmetrie der Abkommen läßt langfristig die Erfolgsaussichten des Aussöhnungsprozesses düster erscheinen. Israel kam es primär auf seine Sicherheitsinteressen an, demzufolge wurde alles andere diesen untergeordnet. Als *Arafat* Mitte November 1994 14 überwiegend Hamas-Sympathisanten in Gaza-Stadt während einer Demonstration gegen seine Gewaltherrschaft niederschießen ließ und über 200 ver-

wundete, offenbarten die Kommentare israelischer Politiker, wozu man *Arafat* ausersehen hatte. So kommentierte Wohnungsbauminister *Benjamin Ben-Eliezer*: „Endlich macht *Arafat* das, was von ihm erwartet wird.“ Ein hoher Berater Ministerpräsident *Rabins* sagte: „*Arafat* hat seine Sache gut gemacht, ihnen zu zeigen, wer das Sagen hat.“ Oder Außenminister *Shimon Peres* in der Tageszeitung „*Ha'aretz*“ vom 21. November 1994: „Dies ist der Grund, warum er 9000 Polizisten und Soldaten bekommen hat. Deshalb hat er Waffen erhalten, damit er sich selbst und die Autonomiebehörde verteidigen kann, der er vorsteht.“ Hat die islamische Opposition dann nicht Recht, wenn sie *Arafat* vorwirft: Er „ist Israels neuer militärischer Arm und ein Instrument des Staates Israel?“ Die Mitglieder der Autonomiebehörde werden als „Agenten *Rabins* gegen ihre eigene Bevölkerung“ diffamiert. Diese Lage zeigt deutlich die absurde Situation, in der sich *Arafat* befindet.

Dokumente der Unterwerfung?

Die „Prinzipienerklärung“ und das „Gaza-Jericho-Abkommen“ enthalten verschiedene Aspekte, auf die im folgenden eingegangen werden soll. Obwohl das Abkommen nicht die nationalen Rechte der Palästinenser erwähnt, ist es trotzdem das erste Mal, daß Israel offiziell die Palästinenser und ihre legitimen Rechte, wenn auch nur indirekt, anerkannt hat, obwohl in den Abkommen nie von besetztem Land gesprochen wird. Die Abkommen legen den Grundstein für ein palästinensisches Gebilde, das *Arafat* bei seinem ersten Bonn-Besuch im Dezember 1993 als „Staat“ bezeichnet hat. Die „Prinzipienerklärung“ schafft die potentielle Möglichkeit für Zusammenarbeit und Koexistenz und den historischen Kompromiß zwischen beiden Völkern. Um dies auszuschöpfen, müssen beide Partner mit lauterer Absichten seine Umsetzung betreiben. Durch die Umgruppierung der Truppen von Gaza und Jericho gibt Israel nach über 27 Jahren erstmals ideologische und praktische Positionen teilweise auf, die bisher immer als irreversibel galten. Es wird somit eine de facto palästinensische „Teilsouveränität“ unter Oberaufsicht der Israelis über diese Gebiete geben. Als Ziele sind die palästinensische Interimsregierung und ein demokratisch gewählter Rat für eine Übergangszeit von höchstens fünf Jahren angestrebt. Nach dieser Zeit soll es dann zu einer permanenten Vereinbarung auf der Grundlage der UN-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 kommen.

Die Abhaltung von Wahlen unter internationaler Kontrolle soll einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer Realisierung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes und deren gerechter Forderungen sein. Die Teilnahme der Palästinenser aus Ost-Jerusalem ist zugesichert, aber die konkreten Bedingungen werden nicht genannt; so können sie mitwählen, aber nicht gewählt werden. Ob und nach welchen Modi die Wahlen jedoch stattfinden werden, ist ungewisser denn je.

Bei der Übergabe der Macht muß zwischen Gaza und Jericho einerseits und dem Rest der Westbank und Ost-Jerusalem andererseits unterschieden werden. Im ersteren Falle wird formal alle Gewalt auf die Palästinenser übertragen, obwohl sich die Israelis die

Letztentscheidung vorbehalten. Den Rest der Westbank betreffend, ist auf den Gebieten Kultur, Gesundheit, direkte Besteuerung, Dienstleistungen und Tourismus die Macht an Palästinenser übertragen worden.

Die Jurisdiktion betreffend, spricht das Abkommen von einer Einheit des Gaza-Streifens und der Westbank, deren Unverletzlichkeit erhalten bleiben soll. Die Palästinenser wollen Jerusalem darin eingeschlossen wissen, die Israelis dagegen nicht. Die endgültigen Verhandlungen über den Status werden nach zwei Jahren (Mai 1996) vom Beginn der Interimsperiode gerechnet beginnen, was obligatorisch ist. Die palästinensische Seite muß hier auf Eile drängen, weil sonst zu befürchten ist, daß die Israelis den Status weiter zu ihren Gunsten verändern werden, wie dies bereits durch den forcierten Ausbau der Siedlungen im Großraum von Jerusalem geschieht. Sollte dieser - wie geplant - durchgeführt werden, wird sich Ost-Jerusalem nur noch als Treppenwitz der Geschichte erweisen.

Insbesondere der forcierte Ausbau der Siedlungen um Ost-Jerusalem und dessen Heraustrennung aus der Westbank sowie die Landenteignungen „im öffentlichen Interesse“ lassen die Palästinenser an den lauterer Absichten der Israelis zweifeln. Über den Siedlungsbau um Ost-Jerusalem reden die Israelis überhaupt nicht, weil sie ganz Jerusalem als ihre „ewig ungeteilte Hauptstadt“ betrachten. Jerusalem fällt gemäß israelischer Interpretation nicht unter die Abkommen; die Palästinenser sehen es dagegen genau anders, aber sie sind in der machtpolitisch schwächeren Lage und müssen für die „israelischen Sicherheitsinteressen“ Verständnis aufbringen, wie dies *Arafat* erst kürzlich öffentlich getan hat. Seit dem Treffen der beiden mit dem ägyptischen Präsident *Mubarak* und dem jordanischen König *Hussein* am 3. Februar 1995 in Kairo sehen sich beide als „Partner“. Sie wollen auf den syrischen Präsidenten *Hafis al-Assad* einwirken, die Büros der Gegner der Abkommen zu schließen.

Wer sich durch 186 Seiten engzeilig geschriebenen englischen Textes des „Gaza-Jericho-Abkommens“ durchgebissen hat, begreift, warum dieses Abkommen nicht umsetzbar ist. Eine verworrene Rhetorik mit Kreuz-, Rück- und Querverweisen dient nicht der Klarheit, sondern der Vernebelung der Geister. Wer von Gaza und Jericho als autonomen Gebieten spricht, betreibt Etikettenschwindel. Diese Gebiete sind auch weiterhin von Israel besetzt, nur auf eine andere Art. In diesen Gebieten gelten weiterhin alle Militärverordnungen, Israel bestimmt, wer ein- und ausreisen darf. Über die israelischen Siedlungen und Siedler hat die palästinensische Autonomiebehörde keinerlei rechtliche Gewalt; die Siedlungen sind quasi exterritorial, und in der einen Hälfte des Gaza-Streifens, der von Israel weiter beansprucht wird, haben Palästinenser keinerlei Rechte und nichts verloren.

Es herrscht also eine Art Luxusbesetzung, bei der die Palästinenser für Ruhe und Ordnung sorgen müssen und Israel weiterhin alle Privilegien einer Besatzungsmacht genießt, ohne als solche in der Öffentlichkeit zu erscheinen. Auf dem Gebiet der Rechtsprechung, des Landes und der Wasserrechte wurde der von Israel den Palästinensern aufgezwungene Status quo durch die Abkommen völkerrechtlich sanktioniert. Die Abkommen geben also keine Orientierung oder Zielvorgabe, wie der Endzustand aus-

sehen soll. Viele Palästinenser befürchten zu Recht, daß der Interimszustand auch das Ende bedeutet. Israel ist nicht bereit, über die Siedlungen ernsthaft zu verhandeln. Ministerpräsident *Rabin* hat mehrfach öffentlich erklärt, daß keine Siedlung aufgelöst wird. *Rabin* braucht die Siedler, um von den Palästinensern weitere Zugeständnisse zu erreichen. Sie erweisen sich als größtes Hindernis bei dem Aussöhnungsprozeß. Wie schrieb der renommierte Kommentator *Danny Rubinstein* in „Ha'aretz“ vom 30. August 1993: „The Palestinians who oppose the formula are right in saying that changes are great that the beginning in Gaza and Jericho will also be the end.“ Die Besetzung ist nach wie vor so repressiv wie immer. Israel will die Kontrolle über die Palästinenser nicht ernsthaft aufgeben, während *Arafat* jedwede Opposition und Widerstand gegen die Abkommen unterdrückt. Falls der Friede von der Unterdrückung der islamischen Opposition abhängt, steht *Arafat* vor einer kaum zu bewältigenden Aufgabe.

Auch die beabsichtigte ökonomische Kooperation muß differenziert betrachtet werden: Einerseits malte Außenminister *Shimon Peres* eine blühende Zusammenarbeit zwischen der israelischen und palästinensischen Wirtschaft an die Wand, wohingegen andererseits Finanzminister *Abraham Shohat* sich die entstehende palästinensische Wirtschaft nur angebunden an die israelische vorstellen kann. Diese enge Verzahnung wurde auch im „Gaza-Jericho-Abkommen“ vertraglich fixiert. Die Autonomiebehörde stimmte zu, daß Israel die Investitionen in den Autonomiegebieten überwacht. Die Geberländer sind in der Bereitstellung der Mittel immer noch sehr zurückhaltend, weil *Arafat* in ihren Augen nicht seriös ist. Er wird über die meisten der zugesagten internationalen Gelder keinerlei Verfügungsgewalt haben. Diese Gelder sind nicht auf die Stärkung der palästinensischen Ökonomie ausgerichtet, sondern sind zum Teil für Gemeinschaftsprojekte vorgesehen und stellen somit auch gleichzeitig eine indirekte Wirtschaftshilfe für Israel dar. Es gibt keine palästinensische Ökonomie, die die Basis für eine profitable Investition abgeben könnte. Somit muß primär in Infrastrukturmaßnahmen und Hausbau investiert werden. Alle größeren Investitionen bedürfen aber der Zustimmung Israels.

Das „Gaza-Jericho-Abkommen“ ist auch auf ökonomischem Gebiet asymmetrisch, weil ökonomische Kontrolle nur mit politischer Unabhängigkeit möglich ist. Just dieses Junktim verhindert das Abkommen. Die Wirtschaft wird dagegen in zwei Sphären geteilt. Die zentralen Teile wie Industrie, Landwirtschaft, Außenhandel, Zölle und indirekte Steuern bleiben unter israelischer Kontrolle, wohingegen der andere Teil wie Bildung, Gesundheit, soziale Dienste, Tourismus und direkte Steuern den Palästinensern übertragen worden sind. Somit hat Israel über die wichtigsten Teile der palästinensischen Wirtschaft weiterhin das Sagen. Zur Kontrolle über das Land kommt auch noch die israelische Kontrolle über das Wasser. An dieser Lage hat das „Gaza-Jericho-Abkommen“ nichts geändert. Anstatt das gravierende Wasserproblem im Gaza-Streifen zu lösen, wird den Palästinensern gestattet, Wasser von Israel zu kaufen. Somit ist die Ausgangslage des Gaza-Streifens schlecht: kein Land und kein Wasser.

Die Abkommen stellen somit nur die alte Okkupation in neuem Gewand dar, sprich eine Besetzung *de luxe*. Sollte es Israel noch gelingen, in diesem Jahr mit Syriens

Staatschef *Hafis al-Assad* ein Abkommen über die Golanhöhen zu erzielen, können die Palästinenser ihre Hoffnungen auf einen eigenen Staat vollends fahren lassen. *Assad* hat *Arafat* nicht verziehen, daß er ihn über die Verhandlungen mit Israel im Dunkeln gelassen hat. Der Syrer verstand sich auch immer als Sachwalter palästinensischer Interessen. Langsam setzt sich auch bei den Palästinensern die Einsicht durch, daß sie zu den Verlierern der Abkommen zählen. In einem Interview mit Radio Monte Carlo ließ sich *Arafat* verlauten, daß die Palästinenser nicht in einem Ghetto oder einem Homeland leben wollen, worauf der ehemalige israelische Wirtschafts- und jetzige Religionsminister *Shimon Shetreet* erklärte, daß Israel noch nicht einmal ein solches plane, da es sich dabei ja um eine Staatsform handele.

Daß Israel bestenfalls nur einer Kantonisierung der Westbank zustimmt, zeigt der Plan, den die Palästinenser im Augenblick noch ablehnen, das Westjordanland in drei Kantone aufzuteilen. In einem hätten ausschließlich die Palästinenser das Sagen, in einem zweiten die Israelis und im dritten würde man gemeinsam für Ruhe und Ordnung sorgen. Der Plan ist aber nur dann bindend, wenn die Palästinenser-Behörden die Sicherheit der Siedler garantieren können. Bei diesen Bedingungen ist es nicht verwunderlich, daß der anvisierte Zeitpunkt für die Unterzeichnung eines weiteren Teilabkommens zum 1. Juli nicht eingehalten werden konnte. *Arafats* Konzessionsbereitschaft resultiert aus seiner politischen Schwäche. Dadurch erscheinen die beiden Abkommen (Prinzipienerklärung und Gaza-Jericho-Abkommen) sowie die geplanten Teilabkommen wie Dokumente sozialer Unterwerfung.

Durch die Abkommen kontrolliert Israel selbst das kleinste Detail, sowohl was die politische als auch die ökonomische Entwicklung betrifft. Das Land hat seinerseits die Früchte der Abkommen geerntet, den Palästinensern verbleibt das Fallobst. Israel wird zur dominierenden politischen und wirtschaftlichen Macht in der Region werden. Die meisten arabischen Länder sind korrupt und suchen Schutz - vor ihrer eigenen Bevölkerung - bei der neuen amerikanisch-israelischen Allianz. Ein Symbol dieser „Liebesbeziehung“ war die regionale Wirtschaftskonferenz Ende Oktober im marokkanischen Casablanca, auf der Israel endlich aus seiner Paria-Rolle entstieg ist. Und was bleibt *Arafat*? Auf dieser Konferenz waren die Palästinenser nur Zaungäste. Im Augenblick regiert *Arafat* seine „autonomen Gebiete“ von Israels Gnaden. Daß knapp sechs Millionen Palästinenser - ohne nationale Zukunft - darüber enttäuscht sind, ist nur zu verständlich. Sollte Israel den Palästinensern auf lange Sicht ihr Selbstbestimmungsrecht und damit ihren eigenen Staat verweigern, könnten sich die augenblicklichen diplomatischen Erfolge als Pyrrhussiege erweisen. Die Verweigerung ihrer legitimen Rechte ist die Ursache des Konfliktes. Ein Friede ohne ein Minimum an Gerechtigkeit wird kein dauerhafter sein. Deshalb liegt ein Palästinenserstaat im langfristigen nationalen Interesse Israels.

Dr. Ludwig Watzal ist Redakteur und freier Journalist in Bonn.